

Martina Munz, Nationalrätin

Brücken bauen statt zeuseln!

Die politische und klimatische Wetterlage ist Besorgnis erregend. Brückenbauen für die Zukunft wäre jetzt in Bern wichtig, denn alle wünschen sich den normalen Alltag zurück.

Die Pandemie beschäftigte uns in dieser Session sehr direkt. Die Stimmung im Land ist aufgeheizt und gehässig. Die Gewaltbereitschaft der Massnahmegegner steigt an. Und die Situation wird politisch instrumentalisiert. Statt Brücken zu bauen wird zusätzlich gezeuselt. Das ist fahrlässig und gefährlich. Die Corona-Demo letzte Woche erinnerte an den Sturm aufs Kapitol und gab den Sicherheitskräften recht, die das Bundeshaus mit einem Zaun abgeriegelten. Die sogenannten Freiheitstrychler brechen mit unseren Werten und setzen den Zusammenhalt in der Gesellschaft aufs Spiel. Gleichzeitig sind die Intensivstationen voll und das Pflegepersonal ist am Anschlag. Die Politik kann nicht einfach nichts tun. Das Zertifikat ist der Schlüssel zur Normalität. Ob geimpft, getestet oder genesen, spielt nämlich keine Rolle. Damit kehren wir zur Normalität zurück und bekommen wieder unsere Freiheit. Sofern die Tests kostenlos bleiben, kann man auch nicht von einem indirekten Impfzwang sprechen. Von kostenlosen Tests sind mittlerweile fast alle Parteien überzeugt. Damit fällt auch das Argument der sozialen Ungleichheit. Wer gegen diese Lösung Sturm läuft, zeigt sich nicht nur unsolidarisch, er tut sich auch selbst keinen Gefallen. Der Widerstand könnte zu einem neuen Shutdown führen. Lassen wir doch Vernunft walten und reichen uns wieder die Hand.

In Bern beschäftigt uns ausserdem auch das Klima. Diesen Sommer haben die verheerenden Gewitter und Starkregen, aber auch die extreme Hitze im Süden Europas mit riesigen Waldbränden uns vor Augen geführt, dass die Klimaerwärmung die Naturgewalten entfesselt. Trotz der knappen Ablehnung des CO₂-Gesetzes herrscht Konsens im Nationalrat: Wir müssen schnell handeln. Die Ablehnung des CO₂-Gesetzes kann nicht als grundsätzliches Nein zur Klimapolitik des Bundes gewertet werden, die Bevölkerung will die Wende. Vielmehr hatte das Gesetz zu viele heisse Eisen gleichzeitig angepackt: Von Flugticketabgaben über den Benzinpreis bis zum faktischen Aus der Ölheizung. Der Nationalrat berät nun bereits diesen Herbst zwei wichtige Meilensteine zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens. Einerseits muss das geltende CO₂-Gesetz verlängert werden. Ohne entsprechende Vorlage, müssten die Treibstoffimporteure die Emissionen von Benzin und Diesel nicht mehr kompensieren und Unternehmen mit Verminderungspflicht könnten sich nicht mehr von der CO₂-Abgabe befreien.

Mit einer weiteren Vorlage wird die Blockade beim Zubau der erneuerbaren Energien gelöst. Das ist dringend nötig. Doch, obwohl bei Fotovoltaik das Fördergeld am effizientesten eingesetzt ist, wird Wasserkraft mit hohen Beiträgen überfördert. Für Berggebiete bedeutet der Wasserzins eine sprudelnde Einnahmequelle. Doch kein Land nutzt die Gewässer so intensiv wie die Schweiz. Jede zusätzliche Nutzung bedeutet meist einen immensen ökologischen Schaden. Doch der Druck auf die wenigen naturbelassenen Gewässer steigt, wie auch die neu entfachte Diskussion um die Nutzung des Rheinfalls zeigt. Die Wasserkraft ist zudem keine Lösung für unseren fehlenden Winterstrom, sie liefert den meisten Strom im Frühsommer. Alpine Solaranlagen dagegen können viel Winterstrom erzeugen und gleichzeitig den Berggebieten eine neue Einnahmequelle ermöglichen. Dieses brachliegende Potenzial der Fotovoltaik gilt es endlich zu erschliessen.